

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, Samstag und Sonntag. Preis: 2.40 M. pro Jahr. Bei den Abonnenten wird der Preis auf 2.00 M. ermäßigt. Die Zeitung ist in allen Ländern zu beziehen. Der Preis ist in der Zeitung angegeben. Der Preis ist in der Zeitung angegeben. Der Preis ist in der Zeitung angegeben.

Wilson's Forderungen.

Er bläst mit Lloyd George in dasselbe Horn. — Blutige Verluste der Engländer und Franzosen. Reiche Tauchbootbente.

Der deutsche Generalstab meldet:

W. G. O. Großes Hauptquartier, den 9. Januar. Amlich.

Westlicher Kriegsschauplatz. Seezergasse Kronprinz Rupprecht.

Unter hartem Feuer schlugen englische Erkundungsabteilungen gegen den Südrand des Houthouller-Waldes vor. Einige Komponenten griffen an der Bahn Boelinge-Steden an. In seiner Stelle konnte der Feind unsere Pläne erreichen; in unserem Feuer hatte er schwere Verluste. Beiderseits von Lens lebhaftste Artillerieaktivität. Ostlich von Bellecourt fanden mehrere Handgranateneinschläge um kleine Grabenposten statt. Westlich von Hillyer brachen die Franzosen am Nachmittag nach heftiger Feuerwirkung in vier Kilometer Breite zu starken Angriffen vor. An einzelnen Stellen drang der Feind in unsere Postenlinie. Ein Versuch, über die hinaus Boden zu gewinnen, scheiterte. Unsere Gegenwehr warfen den Feind im Laufe der Nacht überall in seine Ausgangsstellungen zurück.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Wegdonische Front und Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 9. Jan., abends. (M. B. Amlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstab meldet:

Wien, 9. Jan. (M. B. Amlich.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Infolge ungünstiger Sichtverhältnisse blieb die Geschäftigkeit auf einzelne Feuerüberfälle beschränkt.

Der Chef des Generalstabes.

Die Kriegslage.

Berlin, 9. Jan. (M. B. Amlich.) Am 8. Januar versuchten an der Westfront die Engländer und Franzosen mit stärkeren Kräften sich Erkundungsergebnisse zu verschaffen, die ihnen bei Patrouillen-gefechten am Vortage versagt blieben. Sie stießen sich überall schwerer blutiger Schlachten. In Houthouller, wo sich im Geschlossengelände die Zugangswege viele Kilometer weit hinter der englischen Front infolge des Winterwetters in völlig trostlosem Zustande befinden, versuchten hinter heftigen Feuerwechseln starke englische Abteilungen sich durch den dicken Schlamm gegen den Südrand des Houthouller Waldes vorzudrängen, während mehrere englische Kompagnien an der Bahn Boelinge-Steden angriffen. Die nur langsam durch das Trichterfeld vorrückenden dichten englischen Sturmwellen stießen unter vernichtendem Spreng- und Abwehrfeuer und ließ nur Teile von ihnen an der Bahn Boelinge-Steden bis an unsere Pläne herankommen, wo sie im Schlamm blutig abgewiesen wurden. Die Franzosen schritten ihrerseits westlich Hillyer und aus dem dort gelegenen Wald um 4.15 Uhr nachmittags nach elaviertestufiger Luft. Dieser Feuerüberfall mit starken Kräften zum Angriff gegen unsere Stellungen heraus. Der anfangs eingeschlagene Feind wurde in mehreren bis tief in die Nacht andauernden Kämpfen und in heftigen Gegenständen unter besonders hohen Feindverlusten hinausgeworfen. Sämtliche Gräben sind reitlos in unserer Hand.

Auch im Sandgau, wo am frühen Morgen des 8. Januar harte feindliche Minenfeuer auf unsere Stellungen westlich von Wülfen eingelegt hatte, wurden vorrückende feindliche Patrouillen vertrieben. Eigene Aufklärungsaktivität brachte an vielen Stellen der Front das gewünschte Ergebnis, sowie zahlreiche Gefangene und Beute. Während unsere Artillerie mit Erfolg feindliche Aufstellungen und den Feind hinter der Front, sowie Munitions- und Materialdepots beschoss, belegten unsere Bombengeschwader mehrfach feindliche Barackenlager sowie die Stadt Wülfen mit Bomben und konnten an Bränden und Explosionen die gute Wirkung feststellen.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 9. Jan. (M. B. Amlich.) Im Atlantischen Ozean und im Mittelmeer sind kürzlich von unseren U-Booten fünf Dampfer und ein Segler versenkt worden. Mit Ausnahme eines waren sämtliche Dampfer bewaffnet und fuhren in Geleitzügen. Einem unserer U-Boote gelang es, durch zähes Festhalten und geschicktes Manövrieren aus ein und demselben Geleitzug drei schwer beladene Dampfer zu vernichten. Unter diesen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Bernard“ (3682 T.), mit Kohlen nach Gibraltar, „Bristol City“ (2511 T.) mit Stahlgut, hauptsächlich Chemikalien, die nach New York bestimmt waren und nach Angabe der Besatzung einen Wert von etwa 40 Millionen Mark hatten. Der Segler war ein Dampfschiff von annähernd 2600 Tonnen Größe.

Der Chef des Admiralfleets der Marine.

Küfche des Kommandanten der „Emden“.

Rotterdam, 8. Jan. (M. B. Amlich.) Der erste Transport der deutschen Auswanderer aus England auf Grund des Abkommens vom 2. Juli 1917 tritt wahrscheinlich Ende dieser Woche in Holland ein. Darnach wird sich der Kommandant des deutschen Kreuzers „Emden“, Kapitänkapitän Karl v. Müller, befinden.

Es gibt kein Mittel?

Der „Bajeler Anzeiger“ meldet aus Rom: Unter dem aufsehenerregenden Titel „Es gibt kein Mittel gegen den U-Bootkrieg“ veröffentlicht die „Alta“ die Bitte von achtzehn englischen Schiffen von über 1500 Tonnen, die während der letzten Woche von deutschen U-Booten versenkt wurden.

Neues deutsches Kapersschiff?

Der „Friedenstagesanzeiger“ meldet: Aus verschiedenen Pressenmeldungen geht hervor, daß im Indischen Ozean wieder ein deutsches Kapersschiff tätig ist, das die Zerstörertruppen zum Roten Meer und dem Suezkanal unsicher machte.

Wilson's Friedensbedingungen.

Basel, 9. Jan. Nach der neuen Korrespondenz hielt Wilson im Kongreß eine Rede, in der er folgendes Friedensprogramm einbrachte:

1. Die erste Bedingung ist der öffentliche Abschluß gegenseitiger Friedensverträge, nach denen irgendwelche geheime internationale Abmachungen nicht mehr abgeschlossen werden dürfen; die Diplomatie muß zu allen Zeiten offen arbeiten.
2. Die zweite Bedingung ist die vollständige Freiheit der Seefahrt außerhalb der Hoheitsgewässer sowohl zu Friedenszeiten als im Kriege, ausgenommen der Fall, daß sie ganz oder teilweise durch internationale Unternehmungen für Friederhaltung internationaler Abkommen geschlossen wird.
3. Soweit möglich, sollen alle wirtschaftlichen Hindernisse beseitigt werden und die Gleichheit der Handelsbedingungen unter allen Nationen, die sich zur Aufrechterhaltung des Friedens verpflichten sollen, festgelegt werden.
4. Einmalige Sicherheit soll dafür gegeben und erhalten werden, daß die nationalen Rüstungen auf ein Minimum beschränkt werden können, das die Sicherheit im Innern verlangt.
5. Unterteilbarkeit aller Forderungen, die auf der strikten Durchführung des Prinzips basieren, daß die Interessen der Völker gerade so überwiegend wie die Ansprüche der Regierungen, die festgelegt werden sollen.
6. Räumung aller russischen Gebiete und eine solche Regelung aller Auf- und betrefsenden Fragen, daß das beste Zusammenwirken mit anderen Nationen gesichert wird. Rußland wird die freie und volle Gelegenheit gegeben werden, unabhängig seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik zu bestimmen. Rußland soll aufrecht in der Gesellschaft der freien Völker unter Wahrung seiner Institutionen aufgenommen werden. Rußland soll in allem was es nötig hat und wünscht, eine mehr als sympathische Unterstützung finden. Die Behandlung, die Rußland von seinen Schwesternationen in den nächsten Monaten erfahren wird, gibt den besten Beweis für deren guten Willen und ihr Verständnis für Rußlands Bedürfnisse und für ihre einmütige und selbstlose Sympathie.

7. Belien muß, wie die ganze Welt es aufheben wird, geräumt und seine Souveränität wiederhergestellt werden. Seine Handlung wird, wie diese, dazu dienen, das Vertrauen der Nationen in die Gerechtigkeit wiederherzustellen, die sie für ihre gegenseitigen Beziehungen festgelegt haben, ohne diese bleibt das Völkerrecht stets ein Stückwerk.

8. Alle französischen Gebiete müssen befreit und die eroberten Gebiete wiederhergestellt werden. Das Recht, das Frankreich im Jahre 1871 zugefügt worden ist und das den Frieden der Welt vor 40 Jahren aus dem Gleichgewicht brachte, muß derart wieder in Ordnung gebracht werden, daß der Friede im Interesse aller gesichert wird.

9. Eine Verbesserung der italienischen Grenzen sollte durchgeführt werden entsprechend der klar erkennbaren Nationalitätsforderungen.

10. Den Völkern Österreich-Ungarns, von dem wir wünschen, daß ihm der Platz in den Nationen erhalten bleibt, soll zum ersten Male die Möglichkeit zu einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro sollen wieder errichtet werden. Es sollen ihnen die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. Serbien soll einen freien Zugang zum Meere erhalten und die Beziehungen unter den verschiedenen Völkern sollen in freundschaftlicher Weise geregelt werden, entsprechend den Beschlüssen der großen Mächte und der historischen Entwicklung. Diesen Staaten soll ihre politische, wirtschaftliche und territoriale Integrität durch die Mächte garantiert werden.

12. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Osmanischen Reiches soll die Souveränität und Sicherheit garantiert werden, aber die anderen Nationalitäten, die gegenwärtig unter dem Regime des Osmanischen Reiches leben, sollen auch ihrerseits eine gewisse Sicherheit für ihre Existenz genießen und die Möglichkeit haben, ihre Autonomie zu verwirklichen. Die Dardanellen sollen dauernd geöffnet bleiben und eine freie Durchfahrt für die Handelschiffe aller Nationen unter internationaler Garantie darstellen.

13. Es soll ein polnischer Staat gebildet werden, der alle Gebiete umfaßt, die von unbefriedigten polnischen Nationalitäten bewohnt sind. Polen soll einen freien Zugang zum Meere haben, seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit erhalten, und es soll seine territoriale Unantastbarkeit sichergestellt werden. Garantien hierfür sollen durch eine internationale Abmachung geschaffen werden.

14. Eine allgemeine Gesellschaft der Nationen soll gebildet werden auf Grund besonderer Abmachungen, die die politische und territoriale Unabhängigkeit aller dieser Großstaaten enthalten.

Wilson führte zum Schluß seiner Rede aus, daß Amerika zur Errichtung der bevorstehenden Abmachungen und Verträge bereit sei, zu kämpfen und durchzuhalten, bis diese Vorschläge verwirklicht worden seien.

Abschließend an diese Forderungen fuhr Wilson fort: Wir werden bis zum Ende vereint bleiben und für diese Forderungen und Abkommen sind wir bereit, zu kämpfen und weiter zu kämpfen, bis sie erreicht worden sind. Aber dies geschieht nur deshalb, weil wir wollen, daß das Recht siege, und weil wir wünschen, daß ein gerechter und dauerhafter Friede kommt, wie dieser nur allein zustande gebracht werden kann, indem die hauptsächlichsten Anreize zum Krieg hinweggeräumt werden. Und dieses Programm nimmt sie weg. Wir sind nicht eifersüchtig auf die Größe Deutschlands, und nichts befährt sich in diesem Programm, das dieser Größe schadet. Wir möchten ihm seinen Erfolg oder seine Auszeichnung auf dem Gebiete der Wissenschaften oder dem der besonderen Unternehmungsgelüste, womit sich Deutschland so viel Ruhm erworben und sich so beneidenswert gemacht hat. Wir wünschen Deutschland weder auf irgendwelche Weise zu schaden oder seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu mindern. Wir wünschen es nicht mit den Russen oder mit feindlichen Handelsnächbarn zu bekämpfen, wenn es sich uns und den anderen friedensliebenden Nationen der Welt anschließt will zur Herbeiführung von Völkern der Gerechtigkeit, des Rechtes und der christlichen Handlungsweise. Wir verlangen nur, daß es seinen Platz als Gleichberechtigter unter den Völkern der Welt, jener neuen Welt, in der wir jetzt leben, einnehme, statt einen Platz als Überwinder.

Entscheidet man die Worte und die Forderungen Wilsons ihres Profancharakters, so erkennen wir, daß die 14 Jahre Krieg und dessen Ergebnisse nutzlos an den Präsidenten der amerikanischen Völkernachfolge vorübergegangen sind. Das Deutsche Reich soll also nicht nur Elend, Verheerungen, sondern auch noch

Seine polnisch redenden Landestheile, das sind Posen, Teile Westpreußens und Oberschlesiens, abtreten. Desgleichen soll Oesterreich seine italienischen und rumänischen Selbstbestandtheile abgeben und die Schieds- und Grenzlinien sollen selbständige Staaten werden. In anderen Worten: es soll nur noch ein Torso von Oesterreich übrig bleiben, dem der Zugang zum Meer gesperrt wird. Ebenso soll von der Türkei nur noch ein schmaler Rest übrig bleiben. Dagegen wird der Nordrussland ein Gebiet von einem Fünftel des Reichs gegeben werden und Rumänien und Albanien sollen für ihre Vertheidigung noch Gebietserweiterungen erhalten. Die ganze Föderationsteil der Gränze des Westrusslands offenbart sich darin, daß er zwar die Völker, die in den Mittelwäldern vereint leben, „befreien“ möchte, kein Wort dagegen redet von Irland, Ägypten, Indien und den Buren, die Philippinen und Kuba nicht erwähnt und Moskau, Peking, Madagaskar ruhig im Besitz Frankreichs lassen will.

Der Eindringling Konrad.

Genz, 9. Jan. Konrad meldet aus Washington: Die Rede Wilsons machte im Kongreß einen tiefen Eindruck. Das Haus war überfüllt mit Kongreßmitgliedern, Diplomaten und Beamten. Es kam zu einer großen Anwesenheit, als Wilson erklärte, daß Frankreich Genugthuung erhalten müsse bezüglich Elbehochwassers. Die große Versammlung schloß die dieser Mitteilung laut und brach in Rufe aus. Die führenden Staatsmänner des Kongresses brachten allgemein ihren Enthusiasmus zum Ausdruck. Der Vorsitzende der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, Stone, erklärte, die Vorklage Wilsons sei das wichtigste Dokument, das Wilson jemals ausgestellt habe. Der Vorsitzende der Abgeordnetenkommision für auswärtige Angelegenheiten Flood erklärte, er glaube, daß die Rede ermutigend für Ausland wirken werde. — Der Präsident hatte den Befehl, zu sprechen, ganz plötzlich gestrichen; selbst seine intimsten politischen Ratgeber mußten nicht, daß er im Begriffe war, eine Vorklage aufzusetzen, bevor die Ankündigung im Weißen Hause erfolgte.

Ein granatener Hohn auf die Menschlichkeit.

Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ urteilen also über die Rede Lloyd Georges:

Das Lloyd George den drei Mächten anbietet, wäre noch ein granatener Friede, selbst wenn die Entente zur Stunde Konstantinopel, Samsbrud und Ägän bestünde, wenn sie als wirksamer und durchschlagender Sieger dastünde, da sie aber die, wenn auch nicht besiegte, so doch die bisher geschlagene ist, ist das Angebot einfach unerhörl. Das hat noch kaum je ein Vorklagener dem ersten Gegner zu bieten gewagt. Es liegt ein geradezu ungeheurer Hohn darin, ein brütales Betreten jedes Gebankens eines Friedens auf Verständigung, eine eiserne Unterjochung des christlichen Friedenswillens der erdrückenden Mehrheit der Menschheit. Entsetzt man die Rede von Lloyd George ihrer Phrasen, so zeigt sie ein Schicksal eines tyrannischen Kriegswillens, eine Rücksichtslosigkeit gegen das gekannte Völkertum ohne Gleichen, eine Härte, die kaum noch etwas Menschliches an sich hat, und ein Niveau so tiefster Moral, das man besser nicht qualifiziert. Lloyd George hat am Sonntag den kriegsführenden Völkern und den neutralen den entsetzlichen Joch des Krieges noch hörter auf den Nacken gedrückt, hart bis zum Sterben. In ein paar Monaten dürfte sich zeigen, welchen furchtbaren Irrtum er damit beging, selbst dann beging, wenn sein Soffen sich wenigstens teilweise erfüllen sollte. Aber auch dafür fehlen alle Anzeichen.

Man verleihe zum Schluß die ehrlichen Friedensangebote der Mittelmächte mit dieser Rede und auch dem Winden wird klar, wo noch ein Herz für die arme Menschheit schlägt.

Was hier von Lloyd George gesagt wird, trifft auch ganz genau auf die Forderungen Wilsons zu, die ja denen seines englischen Genossen gleichen, wie ein Ei dem anderen.

Sinnliche Anerkennung für Deutschland.

Stockholm, 8. Jan. (M.B. Nichtamtlich.) Im „Aftonskabet“ veröffentlicht der Hime Adolf von Rosendorff unter der Überschrift „Was Deutschland für Finnland getan hat“ eine Erklärung, in der es heißt: Deutschland hat nicht in die Welt hineingeworfen, daß es für das Recht der kleinen und unterdrückten Staaten kämpft. Das es aber neben der Wahrung der eigenen Vorteile nicht verschiele, die Interessen anderer zu fördern, dafür zeugt ungenügend schon alles, was während der Friedensverhandlungen mit Rußland in Erscheinung getreten ist, dafür zeugt auch sein toller Entschluß, unser finnisches Vaterland als souveränen Staat anzuerkennen. Deutschland kam uns immer mit Wohlwollen entgegen, aber es hat uns nichts vorangestellt und keine Kleinlichkeiten vorzulegen gegeben. Wir haben früher eine Staatskunst kennen gelernt, die perfid und treulos war. Die deutsche Staatskunst war sehr mit schönen Worten, aber ehrlich und geradewegs. Wir haben Deutschland unsere Sympathien gezeigt und haben als Gegenseitigkeit Vertrauen erhalten. Ein heftiger Aufstand hätte das Jarentum niemals gestürzt und die Welt von dessen Schrecken befreit. Die russische Revolution ist letzten Grundes das Verdienst der deutschen Siege. Auch Finnlands Freiheit wurde durch eben diese Siege ermöglicht.

Eine ethnische Strafexpedition.

Stockholm, 8. Jan. (M.B.) Das Stockholmer ethnische Bureau teilt dem Vertreter des Wollischen Bureaus folgenden mit:

Nachdem die systematische Verheerung Estlands durch Truppenverbände der regulären russischen Armee trotz zahlreicher Verordnungen bei den russischen Behörden nicht aufhörte und alle jenen Maßnahmen der ethnischen Behörden und der Bevölkerung sowie ein offizieller Appell des ethnischen Landtages an die verbundenen Regierungen von England, Frankreich, Amerika und Belgien erfolglos blieben, sah sich die ethnische Armeeleitung zur Entsendung einer Strafexpedition veranlaßt. Darauf-

hin haben ethnische Truppenteile, welche von Koenig in der Richtung gegen Narva vordringen, plündernde russische Truppen getroffen, gestört und geschlagen. Die ethnischen Verluste an Toten und Verwundeten sind gering. Die Säuberung von den russischen Truppen schreitet fort.

Eine Erklärung der Zentrumspartei.

Berlin, 8. Jan. (M.B.) Die „Germania“ verbreitet die folgende Erklärung, die ihr von zuständigen parlamentarischer Seite zugegangen ist. Die Versammlung wurde in den letzten Tagen lebhaft bewegt durch den Umlauf von Gerüchten, die zum Teil durch die Presse in sensationeller Weise aufgebauht wurden und deren Grundlagen sich nachträglich als nicht stichhaltig herausgestellt haben. Wir können demgegenüber sowie für zukünftige ähnliche Versuche nur die Mahnung aussprechen: „Nerven behalten!“ Die Öffentlichkeit und auch die Presse möge das Gefühl des Hauptanstoßes nachahmen, der die Erklärung der politischen Fragen zurückgestellt hat, bis eine größere Klärung eintreten ist. Es erscheint sehr unnötig und höchst schädlich, eine neue innere Spaltung zu schaffen oder die bestehende zu bestimmten politischen Zwecken verschärfen zu wollen für die Zentrumspartei des Reichstages behält nach wie vor seine Veranlassung, in ihrem Vertrauen zur Reichsleitung eine Veränderung einzutreten zu lassen.

Die Frankfurter Presse und die Landwirte.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in einer Polemik gegen die „Allgemeinen den Sach: „Kühnste Geschlossenheit Deutschland ist am Blase“. Gilt dieser Satz aber nicht auch in Bezug auf die verschiedenen Stände? Da liegt es aber — und wir können getrost sagen durch die Schuld der Presse der Linsen, noch sehr im arden. Wenn verstanden wir es neben unserem heimischen Krieges und seiner unvorstellbaren Fährten in erster Linie, daß wir den uns aufzunehmenden Geschäften aller Kreise durchschauen können? Unserer Industrie und namentlich der Schmelzindustrie, die uns in den letzten Jahren die Wirtschaft aus dem Schatten der ganzen Erde ein glückliches Material erzeugen ließen, und unserer Landwirtschaft, die die inkommoden Empirien England vereitelt hat. Und doch wie wird diesen beiden Ständen gedankt? Ein Bild in die Spalten der linksrheinischen Presse ruft uns den Verschlüsselung des Gedächtnis: „Jermolow hat die fremden Soldaten, doch innen hat sich nicht geholt!“

Schauen wir uns nur die Frankfurter Blätter an. Selbst in den Zeitungen, die wie die „Frankfurter Nachrichten“ einen uns nachschenden Standpunkt einnehmen, werden Kaufleute gelobt. Da kennen wir vor ein paar Tagen über die Zwiebeln lesen, daß die Landwirte die Zwiebeln, wie so vieles andere, zu Wucherpreisen zurückgeschickt. Wir können verraten, daß die Landwirte fast gerade so unter dem Zwiebelmangel leiden wie die Städter und selbst noch wären, wenn sie Zwiebeln bekommen könnten. Die Zwiebeln sind in dem Augenblick der Veranschlagung „wie so vieles andere“ verschwinden. Der „General-Anzeiger“, der in der letzten Zeit ganz bedenklich nach links geneigt ist, schrieb am 22. Dezember folgendes:

„Die einen behaupten, daß die Bauern für ihre Ware höhere Preise als die geschäftlichen Höchstpreise nehmen; die anderen, daß die Städter sie zahlen. Das letztere heißt nun, den Spiel etwas heilig umgeben. Mit Vergnügen wird der Taler nicht gewechselt statt der Mark, aber er wird lieber mit Vergnügen genommen. Und sicherlich sind doch nicht die Städter es, die daran interessiert sein könnten, die vielfach um Tausend vom Hundert geklagten Preise für die Gaben der Landwirtschaft noch mehr in die Höhe zu treiben. Wir unserer bisherigen Kenntnis von der menschlichen Natur dürfen wir annehmen, daß in solchen Dingen die Hauswirtschaft dort liegt, wo der Hauptvertrieb liegt, das wäre also weniger dort, wo man die Wucherpreise zahlt, als dort, wo man sie einstellt.“

Das sind durchaus irreführende Behauptungen. Wir wissen aus Erfahrung, daß der städtische Handel die Preise in die Höhe treibt und daß der Landwirt froh wäre, wenn er diese Gesellschaft los ist. Wir reist es sich mit dem englischen Hauptvertrieb zusammen, daß im Späthommer v. J. das Landwirtschaftsministerium Hensel-Porterwell eigens nach Frankfurt geschickt ist, um militärischen Schutz gegen die händischen Händler zu erbitten, da die Landwirte selbst auf den Feldern vor ihnen nicht mehr sicher seien. Der Schreiber dieser Zeilen hielt am vorigen Freitag in Oberhessbach eine Versammlung ab, woher die Landwirte mahnte, seine Milch und Butter nebenher abzugeben; da erob sich der Landwirt Fleck und hat unter dem Beifall der ganzen Versammlung, daß die städtischen Behörden die Landwirte vor den Händlern schützen. Die Landwirte würden froh, wenn sie von den Händlern nicht behelligt würden, die zum Steinerhaxen kommen und nicht ablassen, bis sie etwas erhalten haben. Dabei werden Preise geboten, die weit über die Grenzen gehen, daß sie genommen werden, liegt selber in der menschlichen Natur begründet.

Das höchste in der Entfremdung zwischen Städtern und Landwirten selbst ist natürlich die „Vollstimm“, bei der jeder Tag als verloren gilt, an dem nicht den Landwirten etwas anhängt wird. Wiederholt beschäftigt sich das sozialdemokratische Blatt mit der bekannten Neulösung der Demokratie und zieht daraus den Schluß, daß die Zwangsgesetze noch stärker angeordnet werden müßten. Wir meinen, die Demokratie lehrt einen Leben, der sich in all den wirtschaftlichen Wirren einen klaren Blick bewahrt hat, daß das System der sozialistischen Zwangswirtschaft eben in die Brüche gegangen ist. Trotz unserer sozialen Verhältnisse und Gleichheitsgesetzen konnte der bayer. Städtetag eine Entschlüsselung fassen, die mit den Worten beginnt: „Die Preise des täglichen Lebensbedarfs haben in den letzten Monaten eine derartige Steigerung erfahren, daß viele Kreise der Bevölkerung in Stadt und Land bis tief in den Mittelstand hinein in immer größerem Bedrängnis geraten.“ Die sozialistischen Doktrinen aber wollen nicht lernen, sie verstreuen sich darauf, daß die Maßnahmen, die all das Leid erzeugt haben, noch verschärft werden. Einen ganz tabulierten Aufsatz bringt das sozialdemokratische Blatt am 28. Dezember. Er beschäftigt sich mit der Kartoffel-

versorgung kommt zu dem Schluß, daß der Fleischhandel, die Hamsterei und der Wucher sippiger denn je blühe. Also darum Händler und Wucherer! Das ist das Ergebnis all der Bestrebungen, wonach der freie Handel ausgeschlossen wird, das Ergebnis der Gleichheit in der Verteilung, der Entschädigung des Erzeugers und der Veranschlagung eines jeden Gegenstandes, der auf Erden wächst und gedeiht! Kein Wunder, sobald ein Gegenstand des Bedarfs der Veranschlagung und der Zwangsbewirtschaftung verfällt, so stürzt sich ein jeder darauf um noch etwas, auf erlaubtem oder unerlaubtem Wege, zu ergattern. Da macht niemand eine Ausnahme, selbst die nicht, die solche Gesetze ausgeheißt haben oder über ihre rücksichtslose Anwendung wachen sollen. Wir sprechen hier nicht vom Börsenmarkt!

Die „Vollstimm“ sieht das auch ein, sie will es aber nicht eingestehen, weil es der Parteilehre widerspricht, und die Partei geht doch über das Vaterland! Ihr Verhalten erinnert an jene Frau, die ihren Mann Vörsenwucher geschimpft hat und der sie danach erzählt in den Fluch gegeben hat. Mit dem Tode ringend wiederholt sie das Wort und selbst als sie untergehend nicht mehr sprechen kann, flucht sie noch die Hände aus dem Wucher und macht damit die Bewegungen des Vörsenwuchers. Sie mußte Recht behalten und ob sie darüber zugrunde gieng. Also geht's unseren Zwangssozialpolitikern; das geht auch aus dem angegebenen Aufsatz der „Vollstimm“ hervor. Jetzt wird zugegeben, daß die Kartoffeln „trotz derzeitig relativ hohen Preises verhältnismäßig immer noch das billigste Nahrungsmittel darstellen“, dann verheißt sich das Blatt zu folgender Veranschlagung: „Wenn letzten Sommer, als die Kartoffeln in Frankfurt ihren Höhepunkt erreicht hatte, allen Erntes veräußert wurde, daß im Volksland und im Händlichen manche Bauern ihre Kartoffeln im Keller verkaufen ließen. Was nämlich diesen Bauern in den Kartoffeln abging, das genannten sie dreimal durch die hohen Preise zu preisen und nicht zu verstehen, erpörte Mitleidenswürdigkeit.“

Wir fragen, welcher Landwirt geht einem solchen Gedanken nach und läßt die Kartoffeln verkaufen, damit er hohe Gemüsepreise bekommt und an Mitleidenswürdigkeit spart! Wer baut denn eigentlich Gemüse? Wir meinen, es sind doch gerade die städtischen Grundbesitzer, die ihre Älmmen wie es in Sachschonken und den Frankfurter Vororten der Fall ist, den Kartoffeln oder den ganzen Acker geben. Anschließend daran verzapft der Artikelverfasser folgende Weisheit:

„Denn Getreide muß, um es vor dem Verderben zu schützen, während der ganzen Aufbewahrungszeit ständig bewegt werden, während Kartoffeln, wenn einmal eingemietet, keinerlei Bearbeitung bedürfen. Sie verlangen nur sorgfältig angelegte Wägen, die die Gefahr des Faulens oder Erfrierens ausschließen, und verursachen im übrigen bis zum Moment des Aufmachens keinerlei Kosten oder Mühen.“

Wenn dem so ist, so fragen wir, warum sind denn den Großstädten in den Jahren 1915/17 für Millionen Kartoffeln verkauft; die Städte Frankfurt, Offenbach, Hanau, Mainz, Darmstadt und alle andere hätten so ein schönes Lied von verfaulenden Kartoffeln singen, so daß die „Vollstimm“ ganz ruhig von den Kartoffeln sein sollte, die bei den Bauern verkauft.

Ein letzter Gedanke aber durchquert die „Vollstimm“. Sie erwähnt, ob man die Entdeckung der Städte als Hauptvertriebsstellen sollte und führt zur Begründung an:

„Es besteht auch keine Gefahr, daß bei völliger Freigabe der Einbeziehung übermäßig viel Kartoffeln zum Zwecke des Wiederverkaufs erworben werden, denn da jedermann das Recht hat, sich seinen vollen Bedarf zu sichern, so besteht für Händler wenig Aussicht, Spekulation gekaufte Ware an den Mann zu bringen. ... Es ist in hohem Maße wünschenswert, eine absolute Gemisheit könnte uns natürlich nur der Versuch bringen, daß in diesem Jahre ohne Nationalisierung die Preise vielfach unter die Höchstpreise gegangen wären, daß also in diesem Jahre die Nationalisierung von Kartoffeln eher zugunsten der Produzenten als der Konsumenten ausgefallen ist.“

Das sind Gedanken, die sich hören lassen und über die man reden konnte. Keun aber auf dem richtigen Weg, macht man sofort wieder Seitenhänge, denn der Bauer muß doch gesteuert werden. Wir lesen also weiter:

„Schon vor langen Monaten war von unserer Seite, so wenn wir nicht irren, von dem Gewerkschaftsrührer E. Schmidt, gefordert worden, die ganzen gemieteten Kartoffeln sofort vom Felde aus in die Mägen der Erzeugergemeinde zu verbringen, sie also überhaupt nicht dem einzelnen Landwirt anzuvertrauen.“ (Man höre: dem Landwirt soll das Ergebnis seines eigenen Schweißes nicht „anvertraut“ werden!) Das hätte bedeutet, daß die Veranschlagung der Ernte nicht nur wie es jetzt der Fall ist, bloß ausgeprochen, sondern auch wirklich ausgeführt worden wäre. Wäre das geschehen, so hätten wir heute ganz verlässliche Angaben über die Ernte und wären überhaupt nicht auf Schätzungen angewiesen. Denn nichts ist einfacher, als die Menge der eingebrachten Kartoffeln während des Erntevorganges zu berechnen. Man zählt die vollen Säde beim Karrenwagen und gelangt so zu ganz zuverlässigen Ergebnissen. Dabei ist nur eine Kontrolle von Unparteiischen notwendig und diese hätte eben von Gemeindegliedern gestellt werden müssen.“

Und die Schlussfolgerung lautet:

„Zuverlässige Statistik, und, da diese nicht anders zu erlangen, Veranschlagung der Ernte und ihre Einmietung auf Rechnung der Gemeinde.“

Wir meinen, es fehlt eben schon an Beamten nicht, die all die Nationalisierung und Zwangssozialisierung durchziehen sollen. Auf einen Erzeuger kommt bald ein Kontrollbeamter. Wenn es nach den Wünschen der „Vollstimm“ ginge, dann würde in jedem Dorf eine Kontrollkommission sitzen und das nennt man dann: „Freiheit, die ich meine!“ Mit solchen Leuten ist eine Verständigung unmöglich, die betrachten die Landwirte in ihrem eigenen Land als ihren Feind, die Volkswirtschaft in Votterburg aber sind ihre Freunde. Den Landwirten aber sei es wieder einmal zu Gemüte geführt, wessen sie sich von den Freuden und Anhängern der „Vollstimm“ zu versehen haben.

